

Erwin Lanc

Vortrag am 20.01.2009 im Wiener Gesellschafts- und
Wirtschaftsmuseum

Was kostet der Friede?

Normalerweise erfolgt der Einstieg in dieses Thema über die Darstellung der Rüstungs- und Militärausgaben.

Die Schwäche dieses Herangehens: Da ist alles drinnen, vom Wahnsinn der auf Starwars umgetauften National Missile Defence der USA bis zu Militärausgaben der Länder die UN-Truppen stellen und Weltpolizeiaufgaben erfüllen.

Halben Friede in Form von kaltem Krieg gab es aufgrund des Gleichgewichts des Schreckens (deterrence) von 1947 – 1990.

Von der bipolaren über die monopolare bis zur multipolaren Welt haben wir seit 1990 alles erlebt.

Abkommen über atomare Abrüstung wurden ebenso auf Eis gelegt wie der Ende 2009 abzulaufen drohende CFT Vertrag (Conventional Forces Treaty)

Die Zeit der gemeinsamen Atomabrüstung USA/Russland währte nur kurz.

Große Atomarsenale wurden mittlerweile durch kleinere Atomsprengköpfe „angereichert“.

Atomforschung für zivile Zwecke erfolgt weltweit. Grenzziehung zur Verwendung von angereichertem Uran für die Herstellung von Atomsprenköpfen ist eine Daueraufgabe bzw. unlösbar, wie der Disput mit dem Iran beweist.

Der NPT (Non-Proliferation Treaty) zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen ist mehrfach aufgeweicht. Indien, Pakistan und Israel sind ihm nicht beigetreten, haben daher praktisch keine Verpflichtung übernommen, einen eventuellen Einsatz von Atomwaffen zu unterlassen.

Der Iran ist noch unter dem Schah dem NPT beigetreten und wehrt sich nun gegen die Beschuldigung in großem Umfang angereichertes Uran zu produzieren, um Atomsprenköpfe erzeugen zu können.

Auffällig: 2003 hat man den Irak beschuldigt Massenvernichtungswaffen zu besitzen weswegen man glaubte gegen ihn einschreiten zu müssen. Das hat sich mittlerweile als Lüge herausgestellt.

Im Falle des Iran glaubt selbst Israel, der Haupttreiber gegen die iranische Atompolitik, dass der Iran nicht früher als 2010 in der Lage sein könnte einen Atomsprenkopf zu erzeugen.

Ist man im Falle des Irans pingelig, setzt die USA und ihre Atomlobby in der IAEA (International Atomic Energy Agency in Wien) durch, dass die Mitglieder der Internationalen Atomenergiebehörde angereichertes Uran an Indien liefern dürfen, obwohl dieses nicht dem NPT angehört, „illegal“ produzierte Atombomben besitzt, und nur verbal die Verpflichtung übernommen hat, dass jetzt aus dem IAEA Bereich zukommende Material nicht zur Erzeugung von weiteren Atomsprenköpfen zu verwenden. Kontrollieren lassen sie ihren Laden aber nicht.

Gegen diesen Sündenfall hat sich Österreich mit Irland bis zuletzt gewehrt, wollte aber schließlich nicht Wien als Sitzstadt der IAEA riskieren. Im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten wurde Ende September 2008 der Vertrag zwischen USA und Indien durchgepeitscht. Das Internationale Institut für den Frieden hat noch im letzten Moment versucht die mit dieser Frage befassten Mitglieder des US-Senats und des US-Repräsentantenhauses darauf hinzuweisen, dass sich die USA mit diesem Vertrag selbst „unterlaufen“, sich jeglicher Sachargumentation gegenüber dem Iran berauben. Dennoch wurde der Henry G. Hyde US-India Peaceful Atomic Energy Cooperation Act hurtig beschlossen. Die Atomlobby in den USA hat ihren Abgeordneten Beine gemacht.

Pakistan hat ebenfalls Atombomben – das in einem Staat in dem man nicht weiß wer am Drücker sitzt, der seine Landstriche, die an Afghanistan grenzen überhaupt nicht

kontrollieren kann, wovon schon der wahlkämpfende Obama ableitete, dass der Kampf gegen die afghanischen Taliban bzw. die Al-Qaida durch US-Militäreinsätze auf benachbartem pakistanischem Gebiet geführt werden muss, um Erfolg zu haben (was einen neuerlichen Völkerrechtsbruch der USA bedeutet, worauf McCain im Wahlkampf hingewiesen hat). Tatsächlich gebombt haben die USA dort aber schon seit Wochen.

Drei republikanische Galionsfiguren, Shultz, Kissinger und Perry sowie der ehemalige demokratische Führer im Senat, Sam Nunn, haben nicht nur zur Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche im Bereich der Atomwaffen aufgerufen, sondern eine stufenweise Totalabrüstung der Atomwaffen verlangt, da die bisherigen Weiterverbreitungsregelungen nicht gegriffen haben und daher der seinerzeitige Abschreckungseffekt verloren gegangen ist und eine latente, eher wachsende Bedrohung durch „neue Atommächte“ das Inferno eines Atomkrieges auslösen kann. Diese berufen sich ihrerseits

darauf, dass die alten Atommächte nicht entsprechend abgerüstet haben.

Gegenwärtige Atommächte sind: USA, GB, Frankreich, Russland, rechtlich im NPT gedeckt, Indien, Israel, Pakistan und Nordkorea illegal.

Im Bereich der Atomwaffen wird es daher notwendig sein genügend Geld in die Hand zu nehmen um sie zu vernichten. Kosten dafür sind sicher nicht gering, konnten aber bei der Teilabrüstung der russischen Atomwaffen nach 1990 durchaus von den USA und Russland finanziert werden – ohne dass daraus eine Finanzkrise entstanden ist.

Schon im ersten Irakkrieg und in Bosnien Herzegowina wurde verstrahlte Munition eingesetzt. Das hat im Süden des Irak (Basra) zu einer Verzehnfachung der Krebserkrankungen von Kindern geführt. Die

Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen organisiert seither Hilfslieferungen mit Medikamenten. Schwere Fälle werden nach Österreich gebracht.

Der Umfang des Einsatzes solcher Munition in Bosnien dürfte kleiner gewesen sein. Über einen Einsatz im Südlibanon liegen mir keine verlässlichen Daten vor.

Die George W. Bush Administration hat die herkömmlichen großen Atomsprenköpfe „eingefroren“ aber im Zusammenhang mit dem National Missile Defence Programme die leichte Flotte der USA und ihre U-Boote mit Abschussmöglichkeiten versehen. Darüber hinaus wurde ein Programm zur Erzeugung von „Nukes“ eingeleitet. Sie sollen mit Kurz- und Mittelstreckenraketen befördert werden. SS20 und Pershing mit Atomsprenköpfen waren schon einmal im Kalten Krieg im Gespräch (NATO Nachrüstungsbeschluss). Fehlt nur noch die Neutronenbombenwiederauferstehung, bei der alle

Menschen vernichtet werden, aber die Gebäude unbeschädigt bleiben.

Die letztlich verunglückte Intervention Israels im Südlibanon (Hisbollabekämpfung) diene offenbar nur zur Erprobung der „Streumunition“.

Dieser Querschnitt – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – zeigt nicht nur das Ausmaß des Schwachsinn hinsichtlich der Wirkungsweise dieser Waffengattungen, man kann sich auch vorstellen was das kostet – von der Forschung über die Produktion bis zur Installation und Wartung. Im Falle der Atomwaffen kommt dann noch bei Nichtverwendung die „Endlagerung“ dazu. Die diesbezüglichen Probleme mit dem Atommüll von der friedlichen Nutzung der Atomenergie sind ja bekannt.

Und nun erst zu den Militärausgaben: Sie betragen im Jahre 2007 weltweit und auf staatliche Angaben gestützt

1.339 Milliarden Dollar, gegenüber 2006 eine Steigerung von 6% (Quelle: SIPRI 2007).

45% davon entfallen auf die USA, die 2007 einschließlich Zusatzkredit für den so genannten „War against Terror“ 739 Milliarden Dollar ausgegeben hat – in einem Jahr fast so viel als jetzt für Beteiligungen und Bürgschaften jetzt in der Finanzkrise zur Verfügung gestellt werden.

Zwischen 1998 und 2007 sind die weltweiten Rüstungs- und Militärausgaben um 45% gestiegen.

- In Afrika über 50%
- In USA-Kanada 65%
- In Asien/Ozeanien 52%, 2007 waren das 200 Milliarden Dollar

China hat von 1998 auf 2007 seine Militärausgaben um 202%, Malaysia um 153% und Indien um 100% gesteigert.

Zum Schutz seines internationalen Warenaustausches hat China vor allem in die seine Küstengewässer kontrollierende Flotte investiert. Taiwan ist also nicht nur eine nationale Empfindlichkeit, sondern ein strategisches Anliegen Chinas.

- Die Zehnjahressteigerung beträgt in Osteuropa 16%

Die Entwicklung in Ost- und Westeuropa ist in diesem Zeitraum stark unterschiedlich. Die Militär- und Rüstungsausgaben sind in Osteuropa, das ist die Ukraine, Weißrussland, Russland, Georgien, Azerbaijan, Armenien und Moldawien um insgesamt 162% gestiegen. Darin kommt einerseits der Rüstungsaufwand Russlands aus Angst vor der NATO-Einkreisung und das von der NATO bzw. von den USA stimulierte Aufrüstungsprogramm in Russlands Nachbarschaft zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang ist auch der jüngste

Konflikt zwischen Georgien und Russland zu bewerten.

- Westeuropa und die lateinamerikanischen Staaten haben den geringsten Zuwachs bei Militärausgaben. Darin kommt auch ein anderes politisches Denken zum Ausdruck, wenngleich der Großteil der westeuropäischen Staaten NATO-Mitglieder sind. Ihre mehrheitliche Weigerung bei allen imperialistischen Interventionen der USA seit 2001 mitzumachen, hat ja mit zur Alleingangspolitik der USA beigetragen.

Die USA haben gegenwärtig die höchsten Militärausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg, etwa 4% des BIP. Dieser Prozentsatz wird steigen in dem Maße als die amerikanische Konjunktur in eine Rezession übergeht, und das BIP aber nicht die Militärausgaben sinken.

Das Wachstum amerikanischer Rüstungsausgaben betrug – wertbereinigt - von 2001 bis 2007 59%. Die Ausgaben sind höher als sie im Koreakrieg, im Vietnamkrieg und

zur Zeit des Niederrüstens der Sowjetunion durch Reagan im Kalten Krieg gewesen sind. Sie sind 2008 nochmals um 15% angestiegen. Das Militärbudget wurde unter dem neuen Titel „Global War on Terrorism“ aufgestockt.

Die Truppenstärke wurde um 65.000 GIs und 27.000 Marines erhöht.

Der möglichst baldige Abzug aus dem Irak ist für die USA nicht zuletzt auch eine Finanzfrage. Die bisherigen Äußerungen des neuen Präsidenten Obama lassen darauf schließen, dass die Militärs offenbar für eine Konzentration auf Afghanistan plädieren. Eine von vielen befürchtete militärische Intervention im Iran ist offenbar auch aus diesem Grund unterblieben.

Um auch die Kontrolle über die zentralasiatischen Öl- und Gasvorkommen zu behalten - einschließlich der Pipelines für ihren Transport - ist in diesen wirtschaftlich

armseligen Republiken der Rüstungsaufwand von 1998 auf 2007 um 500%, zwischen 2003 und 2007 allein um 285% gestiegen. Man darf wohl annehmen, dass nur ein Teil von diesen Ländern selbst zu bezahlen war. Seit der Rosenrevolution in Georgien hat sich der dortige Militäraufwand verzehnfacht. Allein der offizielle Beitrag der USA hat seit 2002 64 Millionen Dollar betragen. Gibt man in Westeuropa zwischen 1,5% und 2,5% des BIP für Militär und Rüstung aus, in den USA 4%, sind es in Georgien 5,2%.

Politisch interessant ist die Entwicklung der Rüstungsausgaben in Europa, im Wesentlichen in der EU, zwischen 2006 und 2007. In den osteuropäischen Staaten hat sie um 15%, in Zentraleuropa um 6%, in Westeuropa um 0,9% zugenommen.

Im Zehnjahresvergleich 1998-2007 sind die Militärausgaben auf dem europäischen Kontinent um 16%, davon allein in Osteuropa um 162%, in

Zentraleuropa durch NATO Umrüstung um 19% und in Westeuropa nur um 6% gestiegen. Einen negativen Ausreißer liefert hier Österreich mit plus 23% aufgrund der grandiosen Beschaffung von Kampfflugzeugen für reine Luftraumüberwachungszwecke, mit einem Auslieferungsvertrag, der die Auslieferung dem Erzeuger überlässt und den Kunden Österreich dem Erzeuger ausliefert.

Es bedarf wohl keiner weiteren Beweisführung, dass eine Politik, die auf Bedrohung oder gar Bekriegung verzichtet, zur Reduzierung der Militär- und Rüstungsausgaben führen muss, ohne diese deswegen ganz zu beseitigen; denn so wie der Nationalstaat für seine innere Sicherheit eine Polizei braucht, muss es auch eine internationale Streitmacht geben, die internationale Kriminalität bekämpft. Über Aufbau und Einsatz einer solchen Streitmacht haben aber die Vereinten Nationen oder von ihnen ermächtigte Kontinentalorganisationen zu entscheiden. Bestehende Bündnisse sind in diese Richtung zu revidieren. Ein Zustand in dem nirgendwo

mehr ein Schuss fällt wird international ebenso wenig erreichbar sein wie im Nationalstaat. Aber so wie dort wird eine internationale Gerichtsbarkeit notwendig sein, um Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen – aber nicht nur die, die verloren haben, sondern auch die, die schamlos ihre „militärische Überlegenheit einsetzen, um völkerrechtswidrig gehaltenes Territorium abzusichern und unter Besatzung lebende Menschen zu unterdrücken – und wenn sie sich wehren zu massakrieren.

Seit Annahme der Einladung zu diesem Vortrag hat es den größten Börsenkrach und Bankenzusammenbruch seit 1929 gegeben – und gibt ihn noch. Es gibt keine Antwort auf die Frage was der Frieden kostet ohne Beantwortung der Fragen, was die Finanzkrise kostet, wer diese Kosten zu zahlen hat und in wie weit die Auseinandersetzungen unter den Kostenträgern friedensgefährdend sein werden.

In den USA stehen 4 670.000 Häuser leer. Sie repräsentieren einen Wert von 990 Milliarden Dollar. Hypothekendarlehen wurden für 100% der Errichtungs- und Liegenschaftskosten gegeben – bei uns nur zu zwei Drittel. Da die Preise durch zwei Jahrzehnte ständig stiegen, wechselten Hauskäufer zu einem neuen Haus, bekamen einen höheren Hypothekarkredit und zahlten damit das alte, billigere Haus bzw. das dafür aufgenommene Darlehen zurück. Das ganze wurde durch ein von der Notenbank unterstütztes, niedriges Zinsniveau gefördert. Als der Markt gesättigt war, die Nachfrage wegbrach, wurden Darlehen an Putzfrauen und Erntehelfer mit fünf Dollar Stundenlohn für mehr als 100% des tatsächlichen Liegenschaftswertes vergeben und ein Rückzahlungsmoratorium für den Beginn der Darlehenslaufzeit gewährt.

Seit Ronald Reagan war es das beste Geschäft Immobilienmakler zu sein – allein in Kalifornien gibt es 120.000 davon. Sie haben sich durch Provisionen von Banken und Kreditkunden satt verdient. Als immer mehr

Kunden nicht mehr zahlen konnten, die Darlehen faul wurden, mussten die Banken wertberichtigen, also diese verlorenen Darlehensgelder abschreiben. Profitiert haben aber Makler und Bauwirtschaft. Die dort Beschäftigten konnten dafür japanische Autos, deutsche Kühlschränke oder chinesisches Spielzeug kaufen.

Die mittlerweile faul gewordenen Hypothekendarlehen waren aber bereits, losgelöst von einer bestimmten Liegenschaft, in Paketform in alle Welt verkauft worden. Es waren nur mehr scheinbar hypothekenbesicherte Wertpapiere, in Englisch mortgage backed securities. Dieser Hypothekenmarkt war schon 1978 größer als der Aktienmarkt.

Der Italoamerikaner Ranieri machte den Hypothekenmarkt zur Börse in dem er titrierte Hypotheken in eigene Wertpapiere verwandelte, die auch an ausländische Banken verkauft werden konnten. Die Nachfrage nach den angeblich so sicheren Papieren war

bald größer als das Angebot; in Rückkopplung konnten noch verlockendere Angebote an Hauskäufer in den USA gemacht werden. In so genannten „subprime“ Darlehen wurden beide Wertpapierkategorien gemischt.

Aus dem Titel dieser Darlehen schüttete Goldman Sachs 2005 10 Milliarden Dollar Prämien aus.

Die neuen Finanzprodukte verschleierten die Risiken (collateral debt obligations, credit default swaps). Hohe Gebühren an emittierende Investmentbanken erhöhten deren Gewinne, erlaubten ungeheure Bonuszahlungen. Der jetzige US-Finanzminister Paulson verdiente solcher Art als CEO bei Goldman Sachs 38,3 Millionen Dollar, jeder Goldman Sachs Mitarbeiter erhielt im Durchschnitt 500.000 Dollar.

Als die Immobiliennachfrage sank, die Immobilienpreise sanken und Immobilienkäufe auf Wertsteigerung

spekulierend wegfielen, brach das Kartenhaus zusammen.

Jetzt prüfen die Banken was ihr Wertpapierportfeuille noch wert ist, ob, wann und auf welche Weise ihre „subprime“ Papiere wieder etwas abwerfen, denn ein Teil der Hausbesitzer wird ja zahlen, aber das davon abhängige Ausmaß der Wertberichtigung ist im voraus schwer abschätzbar – nicht nur in der eigenen Bank sondern auch beim Partner auf dem Finanzmarkt. Dazu kommt noch, dass andere Partner wie Lehmann Brothers oder Island pleite sind und dortige Guthaben in der eigenen Bilanz zu Verlusten werden.

Jeder neue Flop bringt neuen Wertberichtigungsbedarf.

Billionen Dollar sind weg; sie kommen zum Teil – aber zu welchem Teil? – wieder. Die Reichen haben jetzt in der Baisse gekauft was die Kleinen verkauft haben. In

einer neuen Hausse werden sie noch reicher sein als vorher. Die Umverteilung ist gigantisch.

Als Berlusconis Aktien seiner Mediengesellschaft fielen, kauft er für 16 Millionen Euro eigene Aktien um sie wahrscheinlich bei höherem Kurs mit Gewinn wieder verkaufen zu können. Der reichste Mann der Erde, Warren Buffet, hat nach deren Kursverfall für 2,1 Milliarden Dollar Aktien von General Electric gekauft.

Die auf einem riesigen Dollarguthaben sitzende Volksrepublik China hat Gao Xiqing nach den USA entsendet um für 200 Milliarden Dollar Schnäppchen einzukaufen. China ist jetzt z.B. zu 25% Teilhaber am Bankhaus Morgan Stanley, einen ebensolchen Anteil hat dort der japanische Mitsubishi Konzern bekommen. Man wollte nicht 50% an die Chinesen geben.

Bald wird sich die Frage stellen wem die USA gehört und welchen Einfluss die neuen Eigentümer auf die Politik der USA, insbesondere ihre Rüstungspolitik, nehmen werden. Welchen Einfluss wird die finanzwirtschaftliche und jetzt offenbar auch schon realwirtschaftliche Krise auf die innen- und außenpolitische Entwicklung der verschiedenen Nationalstaaten haben?

Der mit Dr. Kreisky befreundet gewesene US-amerikanische Ökonom John Kennet Galbright hat die Weltwirtschaftskrise von 1929 analysiert. Damals haben 0,1% der US Bürger 40% des gesamten Vermögens besessen und damit spekuliert statt investiert. 2008, nach Reagan und Bush, sieht es ähnlich aus. Die Unterschicht in den USA, etwa 40%, besitzt 0,2% des Vermögens. Wohnung oder Haus, Studium der Kinder, Kranken- und Zusatzpensionsversicherung – alles wird auf Kredit gekauft. Die Schulden bezahlt jetzt teilweise der Staat, aber nicht nur die USA, sondern die ganze Welt zahlt. Mit Ausnahme Russlands müssen alle Kredite

aufnehmen. Die Staatsschulden werden ansteigen; ebenso die innerstaatlichen Spannungen.

In Österreich erhalten die Banken Geld gegen Partizipationsscheine, das sind Eigentumsanteile ohne Mitbestimmung nach Aktienrecht. In separaten Verträgen wird eine fixe Dividende vom Kapitalgeber Staat verlangt. Derzeit sind rund 8% im Gespräch. Damit bessern Banken Eigenkapital auf, werden dadurch am Geldmarkt günstiger eingeschätzt und bekommen daher billigere Zwischenbankenkredite.

Banken haben aber auch faule Wertpapiere an das Publikum verkauft, direkt oder zumeist über Fonds. Der kleine Mann muss „wertberichtigen“; im Regelfall wird das auf seine eigenen Kosten gehen.

Neben Spareinlagen stehen jetzt Bundesschatzschein hoch im Kurs, im Gegensatz zu 1929 wird dem Staat

vertraut. Das Bundesschuldenmanagement hat offenbar keine Leichen im Keller. Viele Fragen sind hier noch offen. Pensionsfonds wurden öffentlich gefördert und erhielten die Auflage sich zu einem bestimmten Teil in Aktien zu veranlagen, die an der Wiener Börse gehandelt werden. Ist der Staat für diesen Zwang zu einer bestimmten Veranlagung haftbar?

In Staaten mit weniger solidarisch organisierten Gesellschaften kann es noch zu gewaltigen politischen Spannungen kommen.

Gegenwärtig sind Regulierungsmaßnahmen im Gespräch:

- Austrocknung der Steueroasen (Widerstand Schweiz)
- Leerverkaufsverbot. Diese Spekulationspapiere auf fallende Kurse haben sich innerhalb von 5 Jahren auf 35 Milliarden Dollar verdreißigfacht.

Hier schlägt die EU Kommission einen 5%igen Selbstbehalt der Banken vor.

- Umsatzsteuer (tobin tax) auf kurzfristige Finanztransaktionen
- EU-Rating Agentur
- EU-Finanzaufsicht
- EU-Gruppenaufsicht für international tätige Großbanken; dazu RZB Rothensteiner: systemische Risiken verhindern, Basel II hat versagt, weil nur Vollbanken nicht Investmentbanken rigide kontrolliert wurden, daher Basel III

Noch vor einem Jahr hat der Generaldirektor der Deutschen Bank, Ackermann, 25% Kapitalrendite als unerlässlich bezeichnet. Hinkünftig werden es wohl eher 8% minus Spesen und Steuern sein. Solcherart werden Banken bzw. deren Aktionäre kleine Brötchen backen müssen, um einen Teil des verlorenen Geldes wieder hereinzubringen.

Gegenwärtig beträgt die weltweite Stützung weit über 3.100 Milliarden Euro. Ein Teil sind Haftungen ohne Geldhingabe, aber auch Kapitalhaftungen und Beteiligungen werden zu höheren Staatsschulden führen. In Österreich sind das gegenwärtig 164,3 Milliarden Euro, oder 12.000 Euro pro Kopf, das entspricht etwa den Spareinlagen der österreichischen Bevölkerung, die jetzt der Staat garantiert.

Jede Linderung der Lasten aus der Finanzkrise ist eine Investition in den inneren Frieden der nationalen Gesellschaften, vermindert die Brisanz von Interessensgegensätzen zwischen den Staaten, minimiert eine daraus entstehende zusätzliche Kriegsgefahr. Wird die wirtschaftliche Schwächung der USA zur Aufnahme einer kooperativen Weltpolitik genützt, könnten die gegenwärtigen Kriege ohne Gesichtsverlust reduziert, schließlich abgebaut werden. Es ist besser die Welt nicht auf einmal glücklich und demokratisch zu machen, sondern ohne Gewaltanwendung aber mit solidarischer

Leistung zu überzeugen. Damit werden Mittel frei die überzeugender sind als Panzer und Raketen.

Der Friede kostet nichts, er rentiert sich sogar: weniger Menschen sterben einen zu frühen Tod, mehr Mittel können für ein besseres Leben aller eingesetzt werden, denn Verschwendung in nutzlose Rüstung hätte ein Ende.